

**CCDH: Datenschutz-
bedenken im Covid-Gesetz**

LUXEMBURG In ihrer Stellungnahme zur geplanten Verlängerung des Covid-Gesetzes bis Jahresende äußert sich die Beratende Menschenrechtskommission kritisch zum Umgang mit personenbezogenen Daten - und wiederholt Kritikpunkte aus vorigen Gutachten. Demnach wurde die Zeit nicht genutzt, um „zahlreiche mit den Menschenrechten inkompatible

Bestimmungen“ auszumerzen, die die „Commission Consultative des Droits de l’Homme“ (CCDH) in früheren Stellungnahmen identifiziert hatte. Beim Thema Datenschutz kommt die CCDH zur Schlussfolgerung, dass keine der von der Regierung vorgebrachten Finalitäten „die Aufbewahrung von persönlichen Daten in nicht-anonymisierter Form für eine aktuell unbestimmte Dauer rechtfertigen“. Der Gesetzesentwurf sieht eine

Anonymisierung personenbezogener Daten „spätestens drei Monate“ nach Auslaufen des Gesetzes vor. Doch ist davon auszugehen, dass die im Covid-Gesetz geltenden Maßnahmen wie Einschränkungen der Versammlungsfreiheit so lange verlängert werden, wie die Regierung zum Zweck der Eindämmung der Pandemie Bedarf sieht. Dem steht die CCDH kritisch gegenüber.

CB

Fehlerkorrekturen

Das Covid-Gesetz muss beim Datenschutz nachgebessert werden

Von Annette Welsch

Aufgefallen war es nur der Datenschutzkommission. Da war die Misere aber schon passiert: Als das Parlament am 17. Juli das mittlerweile dritte Covid-Gesetz verabschiedete, wurde die Formulierung des Notstandsgesetzes übernommen, dass alle persönlichen Daten, die von der Gesundheitsdirektion im Zusammenhang mit der Verbreitung von Covid-19 gesammelt werden, drei Monate nach dem Auslaufen des Etat de crise obligatorisch anonymisiert werden müssen.

Da der Etat de crise bis zum 24. Juni verlängert wurde, wäre das am kommenden 24. September der Fall, auch wenn das Covid-Gesetz noch bis zum 30. September Gültigkeit hat. Keinerlei persönliche Daten aus dem Informationssystem hätten mehr verwendet werden dürfen – das Kontakt-Tracing und unter anderem die Überwachung und Betreuung der Covid-Patienten vonseiten der Gesundheitsdirektion wären dann nicht mehr möglich.

Darauf verwies die Nationale Datenschutzkommission in ihrem Gutachten vom 21. Juli zum bislang letzten Covid-Gesetz und unterbreitete zwei Vorschläge für das Datum, ab wann die Frist laufen soll: Die Daten sollen entweder drei Monate nach dem Tag ihrer Erhebung anonymisiert werden oder drei Monate nach Auslaufen des Covid-Gesetzes. Die Regierung entschied sich für die zweite Variante und brachte am 3. August eine Reform des dritten Covid-Gesetzes ein.

Mit ihr wird zudem der Personenkreis erweitert, der zur sogenannten Gesundheitsreserve eingezogen werden kann: Einen befristeten Vertrag als Staatsangestellte sollen nun neben den im Covid-Gesetz aufgeführten Gesundheitsberufen auch Psychotherapeuten und Apotheker bekommen können. Auch hier wird nachge-

bessert, denn 31 Psychotherapeuten und ein Apotheker waren bereits im Rahmen der sanitären Reserve im Einsatz.

Der Staatsrat zeigt sich in seinem Gutachten mit diesen Regelungen einverstanden, legt der Gesundheitsdirektion aber auch ans Herz, persönliche Daten, die aus sanitären Gründen nicht mehr benötigt werden, direkt zu anonymisieren – aus Respekt des Prinzips der Notwendigkeit.

Scharfe Kritik der Menschenrechtskommission

Weniger erfreut über die lange Bewahrung der Datensammlung ist die Commission Consultative des Droit de l'Homme (CCDH). Sie veröffentlichte gestern ihr vor allem auf diesen Punkt beschränktes Gutachten – nachdem der Ministerrat am Freitag weitere Abänderungen, die die Ministerriege nun noch ins Gesetz aufnehmen will, gebilligt hatte. So soll die Anwendbarkeit des Covid-Gesetz nun vom 30. September auf den 31. Dezember verlängert werden.

Die CCDH verweist darauf, dass die Regierung die Maßnahmen und die diesbezüglichen Regelungen im Kampf gegen Covid-19 so lange immer wieder verlängern kann, wie sie es für notwendig hält. Während dieser ganzen Zeit könnten die Autoritäten auf die persönlichen Daten infizierter Personen oder solcher, die ein hohes Infektionsrisiko tragen, zugreifen – inklusive derer, die am Beginn der Pandemie registriert wurden. Diese Daten könnten also aufbewahrt werden, auch wenn mittlerweile feststeht, dass die Personen einerseits nicht mehr Covid-positiv getestet sind oder andererseits nie infiziert waren.

Die Menschenrechtskommission bedauert, dass keine Erklärungen zur Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit der Regelung angegeben werden. Sie ist der Meinung, dass keine von der Regierung vorgebrachte Zielsetzung die

Bewahrung der nicht anonymisierten Daten für eine nicht weiter definierte Dauer rechtfertigt – umso mehr, als das Gesetz vorsieht, dass die anonymisierten Daten für statistische, wissenschaftliche oder historische Zwecke genutzt werden können und hätte die von der Datenschutzkommission vorgeschlagene Variante, nach der die Daten drei Monate nach Erhebung anonymisiert werden sollen, bevorzugt. Ansonsten gilt weiter: Zahlreiche Bestimmungen des Covid-Gesetzes verstoßen gegen Menschenrechte, das sollte bei künftigen Abänderungen berücksichtigt werden oder ein neues Gesetz geschrieben werden.

Am Freitag billigte die Regierung weitere Abänderungen: Die Definition einer Maske sowie die Personen, die vom obligatorischen Tragen einer Maske oder der Distanzregelung ausgenommen sind, weil medizinische Gründe vorliegen. Verbessert und beschleunigt werden soll auch das Kontakt-Tracing von jeder Person, die auf dem Luftweg nach Luxemburg gelangt: Sie muss ein Formular ausfüllen, das die Lokalisierung ermöglicht und das automatisch an den Gesundheitsdirektor übermittelt wird.

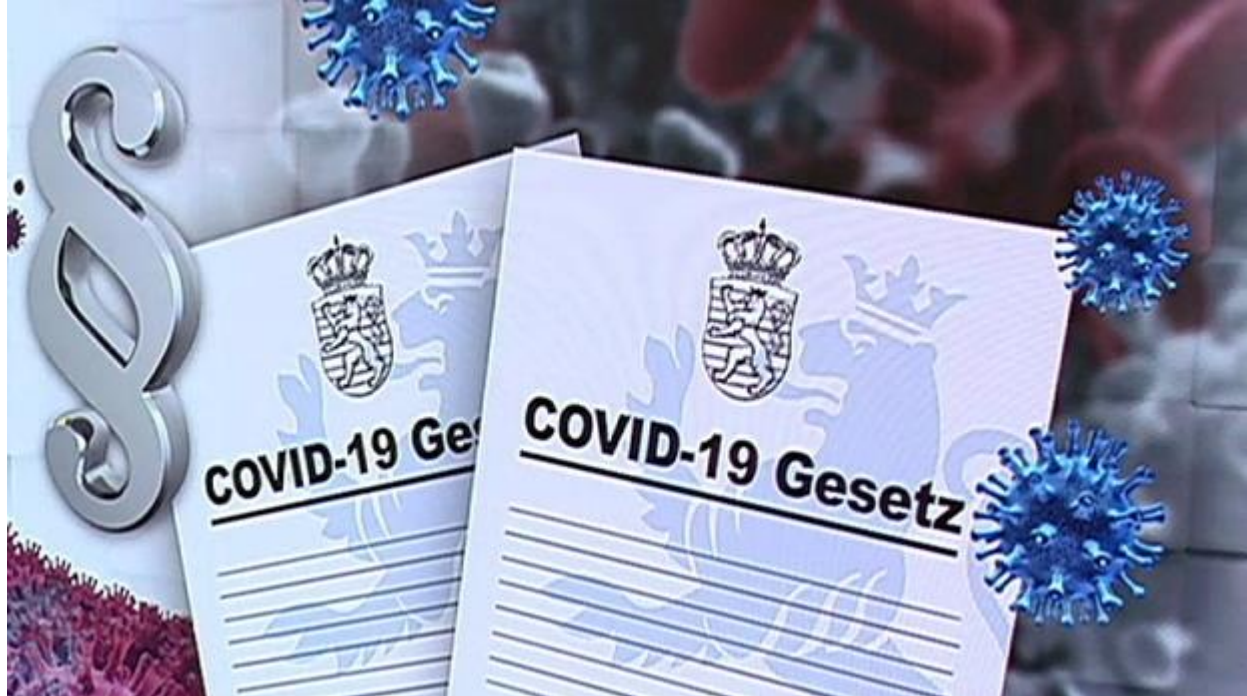
Heute befasst sich die Gesundheitskommission erstmals mit dem Gesetzesvorschlag, der noch vor dem 24. September verabschiedet werden müsste. Auf ein Datum haben sich die Mitglieder der Präsidentenkonferenz allerdings gestern noch nicht geeinigt.

● Die Daten sollten anonymisiert werden, sobald sie für sanitäre Zwecke nicht mehr gebraucht werden.

Gutachten des Staatsrates

Et ass ee weiderhi kritesch géintwewer de Covid-Gesetz

RTL|Update: 31.08.2020 10:00



Dat och an hirem neisten Avis. Notamment, wéi laang perséinlech Donnéeë vun Infizéierte stockéiert ginn.

D'CCDH versteet, datt déi Period am Kader vun de Corona-Reglementer verlängert gouf. D'Kommissioun vermësst awer Explikatiounen zur Necessitéit an zur Proportionalitéit.

Allgemeng, sou d'consultativ Mënschrechtskommissioun an engem Communiqué de Méindeg de Moien, géife verschidden Dispositiounen an de Covid-Gesetz nach ëmmer géint Mënscherechter verstoussen. An zukünftegen Texter misst deem Rechnung gedroen ginn.

[PDF: Den Avis vun der consultativer Mënschrechtskommissioun](#)

Source: <https://www.rtl.lu/news/national/a/1572518.html>

Abgeordnete diskutieren über Covid-Gesetz

LUXEMBURG Auch wenn das Covid-Gesetz bis Jahresende verlängert werden soll, bedeutet das nicht, dass der Text nicht doch zu jedem Zeitpunkt abgeändert werden könnte, wenn es die Umstände erfordern. Das war gestern aus der Sitzung des parlamentarischen Gesundheitsaus-

schusses zu erfahren, der sich im Austausch mit Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) mit der Gesetzesvorlage befasste, die auch punktuelle Änderungen beinhaltet. Nach Angaben des „Wort“ sollen personenbezogene Daten von Covid-19-Patienten nach dem neuesten Stand nun nach drei Monaten anonymisiert werden - und nicht erst

drei Monate nachdem das Gesetz nicht mehr gilt. Die Beratende Menschenrechtskommission hatte zuvor Kritik in diesem Punkt formuliert. Die parlamentarischen Arbeiten soll nach Vorlage des Gutachtens des Staatsrats fortgesetzt werden, heißt es gestern aus der „Chamber“. LJ

La loi Covid sera étoffée et prolongée

La Chambre a entamé hier ses travaux sur la prolongation de l'arsenal anti-Covid jusqu'en fin d'année. Les dispositions sur la réserve sanitaire, le port du masque et la transmission de données vont évoluer.

De notre journaliste
David Marques

Il ne faut pas se voiler la face. «Même si un vaccin était prêt d'ici la fin de l'année, on aurait encore besoin de pas mal de temps pour faire vacciner la population. La prudence doit donc rester de mise», souligne d'emblée Mars Di Bartolomeo. Le député socialiste a été nommé hier matin rapporteur de la troisième version de la loi Covid. Comme annoncé dès vendredi par le gouvernement, l'arsenal anti-Covid doit rester en vigueur non pas jusqu'au 30 septembre mais bien jusqu'en fin d'année. «En cas de nécessité, la Chambre pourra légiférer à tout moment», précise l'ancien ministre de la Santé. Les contours de la loi amendée sont désormais connus.

Le 31 décembre comme nouvelle date butoir

L'ensemble des mesures de protection décidées fin juillet seront prolongées de trois mois (*lire ci-dessous*). «Jusqu'au 31 décembre inclus», précise le gouvernement. La célébration de la Saint-Sylvestre devrait donc tourner court avec l'obligation pour l'Horeca de fermer ses portes à minuit pile. Mais hormis ce détail anecdotique, des questions plus essentielles se posent aux yeux des partis de l'opposition. «Nous n'avons toujours pas reçu de réponse précise sur la question des rassemblements. En vue de la rentrée, on aimerait en savoir plus, notamment où et comment la police peut intervenir», déplore Martine Hansen.

Pour Marc Baum (déi Lénk), une «question philosophique» se pose.

«Le bon sens me dit qu'il est évident que la situation sanitaire ne va pas considérablement s'améliorer d'ici la fin de l'année. Or il faut faire attention à ce que les restrictions à certaines libertés fondamentales ne soient prises pour acquis. La question me tirelle», admet le député eschois.

Le formulaire du passager transmis d'office

Les voyageurs qui reviennent au pays sont déjà priés de remplir un formulaire reprenant leurs coordonnées. En cas d'infection d'un passager assis dans le même avion, le directeur de la Santé pouvait demander les formulaires en question. Avec le texte de loi amendé, la transmission de ces formulaires se fera automatiquement. «Cela ne concernera pas uniquement les passagers d'avion mais aussi les voyageurs qui débarquent en bus et train au Luxembourg. Les députés ont insisté sur ce point», note Mars Di Bartolomeo.

Exceptions pour le port du masque

La loi amendée va préciser les conditions dans lesquelles une personne peut être dispensée du port du masque. «Il s'agit notamment des personnes asthmatiques qui sur ordonnance de leur médecin peuvent être dispensées», assure Martine Hansen.

Les données seront «pseudonymisées»

La Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) est une nouvelle fois montée au créneau pour dénoncer la durée de conservation des données récoltées sur les pa-

tients atteints ou potentiellement atteints par le Covid-19. «Si la CCDH admet que la collecte et la conservation de ces données peut s'avérer importante dans une logique de politique sanitaire et dans un contexte évolutif de connaissances sur l'épidémie, elle estime néanmoins que cet objectif ne peut à lui seul servir pour déterminer leur durée de conservation», peut-on lire dans un récent avis. Le gouvernement a proposé d'anonymiser les données au plus tard 3 mois après la fin de la validité de la loi Covid. Dans un premier temps, cette limite était fixée à 3 mois après la fin de l'état de crise, venu à échéance le 23 juin. Du coup, les données récoltées jusqu'à présent devaient être anonymisées avant le 24 septembre. Au vu de la critique de la CCDH, «un compromis a pu être trouvé», renseigne Marc Baum. Comme l'explique l'élu de déi Lénk, les données personnelles seront à l'avenir «pseudonymisées» au plus tard 3 mois après avoir été collectées. «Le directeur de la Santé a fait remarquer que les autorités publiques devaient garder un accès aux données brutes en cas de deuxième infection d'un patient ou pour assurer le suivi de la pandémie», détaille Marc Baum. Dans ce contexte, le choix du pseudonyme est plus cohérent.

La réserve sanitaire élargie

En cas de besoin, le gouvernement pourra également compter sur les psychothérapeutes et les pharmaciens pour constituer une réserve sanitaire, appelée à soutenir, le cas échéant, un secteur médical débordé par les nouvelles infections.

Les règles et restrictions en un coup d'œil

EN PRIVÉ Il reste interdit d'accueillir plus de 10 invités à la maison ou dans le cadre d'événements à caractère privé. À l'intérieur de cette bulle (membres du ménage plus invités), le respect des gestes barrières, la distanciation sociale en tête, est fortement recommandé.

EN PUBLIC Les rassemblements (voie publique, places, parcs, etc.) sont limités à 10 personnes. Il existe toutefois une exception : tout rassemblement de plus de 10 personnes est soumis à des obligations (places assises, distance minimale de 2 mètres ou, à défaut, port du masque).

HORECA Les règles de base ne changent pas : distance de 1,5 mètre entre les tables, limitation de 10 personnes par table, service et consommation obligatoires à table, port du masque en cas de déplacement (entrée, sortie, toilettes), port du masque pour le personnel et fermeture à minuit. Le client récalcitrant peut écopier d'une amende de 145 euros. L'exploitant qui ne respecte pas les règles risque lui une amende de 4 000 euros. En cas de récidive, l'amende est doublée à 8 000 euros. Il risque également

de se voir retirer l'autorisation de commerce pour 3 mois. Il pourra aussi être privé des aides publiques déjà accordées.

PORT DU MASQUE La protection buccale est toujours obligatoire dans les transports publics et dans tous les lieux accueillant du public (commerces, administrations, etc.).

La visière en plastique ne sera plus tolérée (*lire ci-contre*).

SPORT Les spectateurs peuvent assister aux compétitions à condition de respecter une distance de 2 mètres ou de porter un masque.

FOIRES Lors de foires, de salons et de marchés, le port d'un masque est obligatoire à tout moment pour les ex-

posants et pour les visiteurs lorsqu'une distance interpersonnelle de 2 mètres ne peut pas être respectée.

ISOLEMENT ET QUARANTAINE Une personne testée positive au Covid-19 ainsi que ses contacts étroits, identifiés comme porteurs potentiels du virus, sont obligés de respecter un isolement (14 jours) ou une quarantaine (jusqu'à 7 jours). Le non-respect de la mesure peut être sanctionné par une amende de 145 euros.

La visière ne sera plus acceptée comme alternative au masque

Les amendements à la loi Covid, adoptés vendredi par le gouvernement, visent notamment à préciser la définition du masque qui doit être porté dans différentes situations. La principale décision concerne l'interdiction de la visière en plastique comme alternative au masque. Une fois la loi révisée votée, les restaurateurs qui avaient notamment misé sur cette solution devront changer leur fusil

d'épaule. «La visière semble être une alternative confortable au masque. Malheureusement, ce n'est pas le cas. Pour se protéger et protéger les autres, il est nécessaire de porter un masque qui couvre complètement la bouche et le nez», précise le ministère de la Santé sur son compte Facebook. Dès l'entrée en vigueur de la nouvelle disposition, le seul port de la visière pourra être sanctionné d'une amende.